№ 652
B 299
Abend-Ausgabe.

Berlin

Sonnabend, 21. Dezember 1918

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin ★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Die Organisation der Nationalversammlung.

Der Nationalversammlung fällt die Aufgabe zu, der deutschen Republik das Grundgesetz zu schaffen. Ihre Tagungsdauer wird, wie Geheimer Oberregierungsrat Schultze vom Reichsamt des Innern in der Zeitschrift „Das demokratische Deutschland" mitteilt, auf mindestens acht Wochen geschätzt. Wo die Nationalversammlung zusammentritt, ist noch nicht bestimmt. Außer Berlin kommen eine Reihe von Städten in Betracht, so haben sich Bayreuth, Bamberg, Frankfurt a. M., Kassel, Erfurt, Weimar, Nürnberg gemeldet. Der Zusammentritt der Nationalversammlung kann nicht unmittelbar nach der Wahl erfolgen, weil das amtliche Wahlergebnis erst am 25. Januar festgestellt wird, wenn auch anzunehmen ist, daß ein vorläufiges Ergebnis bereits am Mittwoch, dem 25. Januar, vorliegt. Nach der Feststellung des Wahlergebnisses läuft noch eine weitere Frist von einer Woche, in der sich die Gewählten über die Annahme der Wahl zu entscheiden haben. Danach wäre nicht vor Anfang Februar mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung zu rechnen.

•

Wie bereits angekündigt, wird das Wahlgesetz zur preußischen Nationalversammlung noch heute verabschiedet. Es sieht 23 Wahlkreise mit 401 Abgeordneten vor.

•

In vier Wochen, am 19. Januar, finden die Wahlen zur Nationalversammlung statt. Diese kurze Spanne Zeit muß voll ausgenutzt werden. Dringend notwendig ist die peinlich genaue Beachtung aller im neuen Wahlgesetz vorgesehenen Fristen. Werden diese für das ordnungsmäßige Zustandekommen der Wahl hochwichtigen Fristen nicht innegehalten, so kann eine Partei dadurch ausgeschlossen werden.

Nach § 9 des ursprünglichen Wahlgesetzes sollten die Wählerlisten spätestens vier Wochen vor dem Wahltag auf acht Tage ausgelegt werden. Hiernach hätte also schon am 22. Dezember die Auslegung der Wählerlisten beginnen müssen. Der Rat der Volksbeauftragten hat aber bestimmt, daß diese Wählerlisten erst am 30. Dezember auszulegen sind und Einsprüche dann binnen einer Woche, also bis zum 6. Januar erfolgen müssen. Spätestens vier Wochen vor der Wahl, also spätestens am 22. Dezember sollte nach § 12 der Wahlordnung der Wahlkommissar zur Einreichung von Wahlvorschlägen öffentlich auffordern und dabei angeben, bis zu welchem Tage spätestens die Wahlvorschläge einzureichen und die Verbindungen von Wahlvorschlägen zu erklären sind. Mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit hat jetzt der Rat der Volksbeauftragten angeordnet, daß die Aufforderung der Wahlkommissare „sofort" zu erfolgen hat und daß die Wahlvorschläge bis zum 4. Januar einzureichen sind.

Spätestens am siebenten Tage vor dem Wahltag, also spätestens am 12. Januar, muß dem Wahlkommissar schriftlich mitgeteilt werden, daß Wahlvorschläge miteinander verbunden werden sollen. Nach der öffentlichen Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge können diese nicht mehr zurückgenommen und ihre Verbindung kann nicht mehr aufgehoben werden. Bis zum siebenten Tage vor dem Wahltag, also bis zum 12. Januar, können auch nur Mängel der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen beseitigt werden. Bis zu diesem Tage müssen Bewerber, die auf mehreren Wahlvorschlägen desselben Wahlkreises genannt sind, dem Wahlkommissar erklären, für welchen Wahlvorschlag sie sich entscheiden. Bis zum 12. Januar muß auch die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Ernennung des Wahlvorstehers, die Bestimmung des Wahlraums öffentlich bekanntgegeben werden.

Spätestens am fünften Tage vor der Wahl, also spätestens am 14. Januar, muß der Wahlausschuß gleichzeitig sämtliche zugelassenen Wahlvorschläge bekanntmachen und mitteilen, welche Wahlvorschläge miteinander verbunden sind.

Am dritten Tage vor der Wahl, also am 16. Januar, lädt der Wahlvorsteher die Mitglieder des Wahlvorstandes ein, bei Beginn der Wahlhandlung zur Bildung des Wahlvorstandes im Wahlraum zu erscheinen.

Am Tage nach der Wahl „spätestens", also spätestens am 20. Januar, muß die Prüfung des Abstimmungsergebnisses erfolgen. Auf den sechsten Tag nach der Wahl, also auf den 26. Januar, beruft der Wahlkommissar zur Ermittlung des Wahlergebnisses den Wahlausschuß ein. Also die Ermittlung der Wahlergebnisse erfolgt erheblich später als bei den Reichstagswahlen, wo meistens noch am Abend des Wahltages das Ergebnis festgestellt und veröffentlicht werden konnte. „Binnen einer Woche nach Zustellung der Nachricht," daß sie gewählt sind, müssen die neuen Abgeordneten sich über die Annahme der Wahl erklären.

Die Gefahr in Oberschlesien.

Von

Ludwig Kapeller.

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung".

✱ **Oppeln, 19. Dezember.**

Ganz anders als in der Provinz Posen, wo die polnische Gefahr in ihrer Muttersprache dem Fremden auf allen Wegen entgegentritt, wo auf den öffentlichen Gebäuden der polnische Adler hochfliegende Pläne in den Himmel schreit, wo das weiße Wappentier aus tausend Fenstern nach Gesinnungsgenossen fahndet, ganz anders als in Posen, wo Herr Oberbürgermeister Drwenski im Rathaus schaltet, haben sich die Dinge in Schlesien entwickelt. Breslau, deutsch wie irgendeine Stadt des Reiches, weiß von der polnischen Gefahr nicht viel mehr als Berlin. Aber in Oppeln, der ersten der oberschlesischen Industriestädte auf dem Wege nach Kattowitz, sind die Vortruppen der polnischen Agitation bereits eifrig am Werk.

Eine „polnische Gefahr" in Oberschlesien gibt es eigentlich erst seit wenigen Monaten, seitdem die glimmenden Funken polnischer Machtgelüste durch den Zusammenbruch des Reiches zu mächtig lodernden Flammen eines expansiven Nationalismus angefacht wurden. Noch vor drei, vier Jahren gab es, wie die Polen selbst zugeben, in der ganzen Provinz keine fünfzig Polen, die einem Anschluß an das alte Königreich das Wort geredet hätten. Und noch heute rufen in den schlesischen Grenzorten spielende Kinder den vom Königreich herüberkommenden Wagen verächtlich auf polnisch zu: „Da kommen die Wasserpolacken!" . . .

Das sind die Kinder, bis zu deren Jugend die politische Neuorientierung noch nicht vorzudringen vermochte; aber die älteren unter den Polen, die politisch Zugänglichen — man darf wohl die Achtzehn- bis Zwanzigjährigen als die Zugänglichsten bezeichnen — sind heute von den polnischen Werbern in ihrer Mehrheit eingefangen und haben völlig vergessen, daß sie noch vor ein paar Jahren sich stolz als Deutsche fühlten und die Bezeichnung „Pole" oder gar „Wasserpolacke" als schwere Beleidigung zurückgewiesen hätten. Der verlorene Krieg, der Haß, den man auf Deutschland und Deutsche ausschüttete, hat ihre klare Erkenntnis getrübt und ihre Ohren leichtfertigen Versprechungen geöffnet. Früher wiesen sie verächtlich auf die schmutzstarrenden Straßen Sosnowices, auf die elenden Löcher, in denen ihre Arbeitsgenossen jenseits der Grenze hausten, und dachten nicht daran, die Sauberkeit, Ordnung und Kultur ihrer oberschlesischen Städte mit polnischem Dreck und Elend zu vertauschen. Aber die Versprechungen sind zu verlockend, um nicht geglaubt zu werden: jeder seinen eigenen Grund, sein Vieh, hohe Löhne und dreifache Kriegshinterbliebenenunterstützung; jeder darf frei seine Sprache reden und braucht nicht an den ungeheuren Steuerlasten mitzutragen, die das besiegte Deutschland seinen Bewohnern auferlegen muß; denn das neue Polen ist frei von Kriegsschulden! Zehntausende polnischer Arbeiter laufen in die Versammlungen, um ihren Hunger an schmackhaften Zukunftsgerichten zu stillen, und allmählich, in monatelanger Wühlarbeit, haben sie allen Glauben an eine neue Zeit in Deutschland verloren.

Zuerst griffen sie nach dem nächsten. Was die Polen versprachen, mußten die Deutschen gleich geben. Der politische Hintergrund polnischer Hetzarbeit zeugte eine rein wirtschaftliche Bewegung, deren Wellen das ganze Reich überflutet hatte. Beide Strömungen griffen und greifen ineinander; eine scharfe Scheidung läßt sich kaum erkennen. Die Gewerkschaften, die schon im Frieden mit den leicht erregbaren Industriearbeitern einen schweren Stand hatten, waren von Beginn an bemüht, die Bewegung zu meistern. Aber die Masse war stärker, und, die ganze Gefahr übertriebener Forderungen erkennend, mußten sie dennoch Wortführer sein für Wünsche, die ihnen von den Arbeitern aufgezwungen wurden. Man einigte sich auf eine Lohnerhöhung von 25 v. H., zwei Tage später verlangten die Arbeiter schon wieder mehr. Und man bewilligte ihnen weitere 15 v. H. Die oberschlesischen Streiks, über die vielfach übertriebene und falsche Nachrichten verbreitet waren — nur in wenigen Gruben ist es zu Gewalttätigkeiten gekommen — sind zunächst als beendet zu betrachten, wenn auch auf einzelnen Gruben Teilstreiks andauern oder neu ausbrechen, wenn auch auf allen Gruben die Arbeitsleistung gesunken ist. Uebrigens sind die Hüttenarbeiter, die sämtlich über Tag und unter günstigeren Bedingungen arbeiten, die Unzufriedensten und die Anführer der Lohnbewegung gewesen; die nachdenklicheren und bescheideneren Bergleute sind verhetzt worden oder haben sich aus Solidarität angeschlossen.

Die Folgen dieser Lohnbewegung sind unabsehbar. Im letzten Monat machte allein das Mehr an Lohnzahlungen in Kattowitz 35 Millionen Mark aus; der Selbstkostenpreis der Kohle ist auf 30—40 M. für die Tonne gestiegen. Eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise würde die oberschlesische Eisenindustrie, die schon jetzt schwer zu kämpfen hat, völlig lahmlegen. Auch die Mittel der Grubenbesitzer, die schon jetzt in jedem Monat Hunderttausende zulegen, sind begrenzt, und die Einstellung aller Gruben- und Hütten-

Wilson über seine Aufgabe.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✱ **Haag, 21. Dezember.**

Aus London wird dem „Hollandsch Nieuwsbüro" gemeldet: Die „Times" wird morgen ein Interview enthalten, das ihr Pariser Korrespondent mit Wilson gehabt hat. Wilson setzte dem Journalisten seinen Standpunkt über alle Fragen, welche im nächsten Monat zur Besprechung kommen, auseinander. Der Journalist erzählte, daß mehrere Personen ihn gefragt hätten, weshalb Wilson jetzt nach Europa gekommen sei. Wilson antwortete:

Die Antwort darauf ist sehr greifbar. Die Beschlüsse, welche auf der bevorstehenden Konferenz gefaßt werden müssen, haben eine so überwältigende Bedeutung, daß die Vereinigten Staaten es nicht unterlassen können, die Verantwortlichkeit mit den assoziierten Mächten zu teilen. Dies ist nur möglich, nachdem eine freie persönliche Beratung mit den Diplomaten der alliierten Länder stattgefunden hat." Auf die Frage, was das große Ziel der Konferenz wäre, und welche Zwecke verfolgt würden, sagte Wilson: „Ich denke, daß die Völker aller Länder jetzt mit bangen Erwartungen nach Versailles blicken, und ich bin sicher, daß sie sich alle die eine Frage stellen werden, ob auch genügend Weisheit und Einheitlichkeit des Zieles bei den dort versammelten Staatsmännern sein wird, um Garantien gegen künftige Kriege zu schaffen. Die Schwierigkeiten der Verantwortung, die oft sehr dürckend ist, und die durch den erfolgreichen Ausgang des großen Krieges geschaffen wurde, müssen selbstredend von den große nNationen der Welt auch zusammen geteilt werden. Deshalb besuche ich jetzt die alliierten Länder und versuche dort durch persönliche Fühlungnahme, soviel ich kann, über die allgemeinen Ansichten zu erfahren, bezüglich aller Fragen, woran ich interessiert bin."

London, 21. Dezember.

Die „Daily Expreß" erfährt, daß der Lebensmittelkontrolleur Hoover am Montag mit Vertretern der Stadtgemeinde Wien in Bern zusammentreffen wird. Vertreter der britischen und französischen Regierung werden der Beratung, die sich um die Bedürfnisse der österreichischen Republik drehen wird, beiwohnen. Dies ist eine Vorbesprechung, die den Beratungen über die ganze Frage der Lebensmittelversorgung der Mittelmächte vorangehen wird.

Versenken oder Verteilen?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

y **Bern, 21. Dezember.**

Wie schon berichtet, wird die amerikanische Friedensabordnung auch in der Konferenz von Versailles den Antrag stellen, die beschlagnahmten deutschen Kriegsschiffe nicht unter die Alliierten zu verteilen, sondern zu versenken. Der Grund für diesen Vorschlag ist in der Befürchtung zu suchen, daß bei der Verteilung dieser Schiffe sich Streitigkeiten zwischen den Mächten ergeben könnten. Daneben herrscht wohl bei den Amerikanern auch noch die Besorgnis, daß bei einer solchen Verteilung England den Löwenanteil erhalten und so seine Flotte derart vergrößern würde, daß es andauernd die unbestrittene Herrschaft zur See ausüben würde. Daß man in Amerika eine solche Befürchtung tatsächlich hegt und entschlossen ist, ein allzustarkes Uebergewicht Englands nicht aufkommen zu lassen, geht aus Erklärungen des Konteradmirals Badger hervor, die er in dem Marineausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses abgab. Auf die Frage des Ausschusses, ob der Bau weiter Kriegsschiffe nötig sei, antwortet der Admiral: „Er ist nur dann nicht nötig, wenn wir zulassen wollen, daß unsere Interessen von einer anderen Macht wahrgenommen werden." Ferner wurde der Admiral von einem Mitglied des Ausschusses gefragt: „Wenn England tatsächlich den Hauptteil der den Deutschen abgenommenen Kriegsschiffe erhält, sollen wir dann ihrer Ansicht nach immer noch eine Flotte bauen, die der englischen gleichkommt?" Badger antwortete, die Notwendigkeit, daß die Vereinigten Staaten bis 1925 eine Flotte bauen, die der größten Flotte irgendeiner Nation der Erde gleichkomme, sei so groß, wie je zuvor. Die Ausführung eines solchen Schiffsbauprogrammes werde allerdings bis 1925 nicht möglich sein, falls ein erheblicher Teil der deutschen Schiffe „einer bestimmten Macht" zufallen sollte.

•

Bis zum 27. Dezember fallen die Sitzungen der ständigen Waffenstillstandskommission in Spa aus.

Heute nachmittag findet eine Sitzung des preußischen Kabinetts statt, die sich mit der Polenfrage beschäftigen wird.

betriebe ist, wenn die Arbeiter nicht wieder zur Vernunft kommen, kaum eine Frage von Monaten. Wer die Hunderttausend Arbeitslosen des oberschlesischen Industriebezirks unterstützen und ernähren soll, wenn alle Mittel erschöpft sind, auf diese Frage dürften auch die hitzigsten Streikhetzer keine Antwort geben können.

Die wirtschaftliche Bewegung muß zum wirtschaftlichen Zusammenbruch Oberschlesiens führen; aber daneben verrichtet sie beste Vorarbeit für die **großpolnische Werbung**, denn auf dem Boden wirtschaftlicher Unsicherheit gedeihen die Verhetzungen am besten. Und die deutsch-polnische Geistlichkeit, bisher eine starke Stütze deutscher Kulturarbeit, wird allmählich abgedrängt in polnische Gedankenwelten durch die Besorgnisse, die die Ankündigung der Trennung von Staat und Kirche erregt hat.

Noch andere Strömungen arbeiten den polnischen Werbern, mehr oder weniger unbewußt, in die Hände. Eine Spartakusbewegung, unabhängig von Berlin und noch kaum organisiert, hetzt die wirtschaftlich Befriedigten in politische Unzufriedenheiten, veranstaltet nach Liebknecht-Muster lärmende Streiks, sprengt die Versammlungen der gewerkschaftlich Organisierten, vertreibt jeden Redner, der zur Mäßigung mahnt, mit offener Gewalt und macht jede besonnene Aufklärungsarbeit unmöglich. Nebenher tun wohl auch russische Rubel ihre Arbeit; der russische Bolschewismus, mit seinen Erfolgen im Reich recht unzufrieden, wandte sich bald aufnahmewilligeren Gebieten zu, und die oberschlesische Arbeiterschaft, von einer Verhetzung in die andere getrieben, blieb weniger widerstandsfähig als die Besonneneren im übrigen Deutschland.

Die politische Unsicherheit, die mit jedem Tag weitere Kreise zieht, droht auch die klare Erkenntnis vieler gebildeter Polen zu verwirren, die bisher treu zum Deutschtum hielten und in dem Anschluß an Warschau die Verelendung jeder Kultur erblickten. Nicht nur in seiner hochentwickelten Kultur ist Oberschlesien ein Zeugnis deutschen Geistes und deutscher Arbeit; die Hütten und Gruben von Kattowitz, von Beuthen, Ratibor und Gleiwitz sorgen gewissenhafter für das Leben, die Gesundheit und die geistige Entwicklung ihrer Arbeiter, als es polnische Unordnung und Mißwirtschaft je vermochten. Das lehrt ein schneller Vergleich mit den Werken jenseits der schwarz-weiß-roten Pfähle. Das wissen die deutschgesinnten Polen; aber gegen die geschickten Vorstöße der polnischen Agitation können sie sich auf die Dauer um so schwerer verschließen, als von Berlin nichts geschieht, die Lage zu klären und durch die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse den Glauben an einen Aufschwung Oberschlesiens im neuen Deutschland zu stärken.

In Oppeln ist dieser Tage eine „Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens" gegründet worden, die sich in einem Aufruf an alle Oberschlesier wendet. Landleute, Arbeiter Kaufleute und Beamte sollen sich zusammenschließen, um den großpolnischen Bestrebungen auf Absprengung Oberschlesiens vom Deutschen Reiche entgegenzutreten. Durch Aufklärungsschriften, Versammlungen und Vorträge soll den haltlosen Behauptungen und Versprechungen der polnischen Hetzer entgegengearbeitet werden. Diese friedliche Arbeit kann aber nur durchgeführt werden, wenn Ruhe und Ordnung im Lande herrscht. Dazu ist vor allem ein starker militärischer Grenzschutz nötig, und die militärischen Führer des „Heimatschutzes Ost" betonen immer wieder, daß Oberschlesien verloren ist, wenn die Regierung nicht schleunig für eine Verstärkung des Grenzschutzes sorgt. Polnische Agenten streuen immer wieder Gerüchte von einem bevorstehenden Einmarsch der Polen aus, um die Bevölkerung zu beunruhigen und den Boden für einen Aufstand vorzubereiten. Der Einwand, die Verstärkung des Heimatschutzes in Posen und Schlesien würde den Polen den Vorwand geben, als offizielle Entente-Armee einzurücken zur „Aufrechterhaltung der Ordnung", sind durchsichtige polnische Ausstreuungen, um sich den Einmarsch nicht unnötig zu erschweren.

So arbeiten alle Strömungen, Neigungen und Treibereien, bewußt oder ohne Absicht, dem einen Ziele zu: den Polen den Handel zu erleichtern. Und alle die politischen und wirtschaftlichen Wirren in Oberschlesien müssen zu dem gleichen Ergebnis führen: zu dem unersetzlichen Verlust des oberschlesischen Industriegebiets. Einem polnischen Redner blieb es vorbehalten, die polnischen Absichten restlos zu enthüllen und den Oberschlesiern ihr Schicksal deutlich vor Augen zu führen. In einer Diskussion in Rybnik sagte, wie die „Kattowitzer Zeitung" vom 15. Dezember berichtet, ein Dr. Rozanski wörtlich: „Polens Lage wird sich von Stunde an besser gestalten, wo es Oberschlesien erhält. Wenn wir Oberschlesien bekommen ist das Geld, das wir brauchen, reichlich vorhanden." . . .

Dringlicher könnte kein Deutscher die oberschlesische Arbeiterschaft vor den polnischen Versprechungen warnen, deutlicher aber vermöchte auch der schlimmste Schwarzseher der Berliner Regierung die Gefahr, in der Oberschlesien schwebt, nicht malen!

Abfall Oberschlesiens?

Eine seltsame Meldung verbreitet soeben das Wolffsche Büro. Danach bringt die Zentrumspresse Oberschlesiens am 18. Dezember übereinstimmend eine Erklärung, die zur Bildung einer unabhängigen Republik Oberschlesien unter der Garantie von Deutschland, Polen und dem Tschechenstaat auffordert. Das polnische Kattowitzer Blatt, die „Gazeta Ludowa", vom 20. Dezember bemerkt dazu, daß von den Anhängern dieser Idee bereits drei Abgesandte nach Prag geschickt worden seien, um mit Masaryk zu verhandeln. Dieser habe ihnen erklärt, daß die Tschechen Anspruch auf Teile Oberschlesiens machten, aber einer Republik Oberschlesien sympathisch gegenüberständen. Alles hänge von der Entente ab. Er habe einen Kurier nach Paris gesandt, um über diese Frage Bescheid zu erhalten. — Auch bei diesem Plan, der Deutschland eines lebenswichtigen Bergbaugebiets berauben würde, hat ohne Zweifel die Kulturpolitik Adolph Hoffmanns die Patenrolle gespielt.

Gegen polnische Wahlen auf deutschem Gebiet

Scharfe Maßnahmen.

Das Regierungsamtsblatt des Bezirks Allenstein bringt folgende Bekanntmachung: „Die polnische Regierung in Warschau hat nach Zeitungsnachrichten Wahlen zur konstituierenden polnischen Nationalversammlung, auch für den hiesigen Regierungsbezirk mit Ausnahme der Kreise Sensburg und Loetzen ausgeschrieben. Jede Veranlassung von Wahlen, Vorbereitungen dazu, Aufstellung von Wählerlisten und Kandidaten sowie die Verbreitung von Wahlflugblättern, stellen sich dar als Verbrechen des Hochverrates. Es wird deshalb vor irgendwelcher Teilnahme an solchen Handlungen dringend gewarnt. Alle Polizeibehörden, Gendarmerie- und Militärbehörden im Einvernehmen mit den örtlichen A.- und S.-Räten haben Weisung, jede Person sofort zu verhaften, die in irgend einer Form der Beteiligung an der Vorbereitung zur Wahl der polnischen Nationalversammlung verdächtig ist."

Die Bolschewisten im Baltikum.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

i. Riga, 20. Dezember.

Die Verhandlungen des Deutschen Zentral-Soldatenrates mit den Bolschewisten über die Festsetzung der nicht zu überschreitenden Demarkationslinie verliefen ergebnislos. Ein bolschewistisches Heer in einer Stärke von vier Divisionen, das in Rositten konzentriert ist, dringt in der Richtung Mitau vor und hat Daudsewas (?) bereits besetzt. Auch in Walk zogen bolschewistische Vortruppen ein und schicken sich zum Marsch auf Riga an. Der lettländische Kriegsminister Sahlit äußerte, er sehe die gegenwärtige Lage als sehr ernst an. Die Rätetruppen seien gut ausgerüstet. Er beabsichtige eine allgemeine Mobilisation. Ueber die dringend nötige Entente-Hilfe werde zurzeit in Reval verhandelt.

Landtag und Reichsrat in Bayern. Das Direktorium der Kammer der Reichsräte hat an das Ministerium des Innern eine Erklärung gerichtet, daß der bayerische Landtag in seiner bisherigen Zusammensetzung doch fortbestehe, also auch die Kammer der Reichsräte. Man behalte sich daher vor, das Büro gegebenenfalls wieder zu eröffnen.

Die Verhandlungen in Spaa.

Mackensens Internierung. — Die Behandlung der Kriegsgefangenen.

In der letzten Vollsitzung der Internationalen Waffenstillstandskommission in Spaa wurde von General Nudant bekannt gegeben, daß die Jagd innerhalb der neutralen Zone der Kontrolle der militärischen Lokalbehörden unterliege. — Bezüglich der Internierung der Armee Mackensen erklärte General Nudant, daß die Entwaffnung und Internierung dieser Truppen und des Generalfeldmarschalls im Auftrag Marschall Fochs bestehen bleibe. Deutscherseits wurde erwidert, daß Generalfeldmarschall v. Mackensen sich freiwillig gefügt habe, daß der deutsche Protest gegen die den Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November nicht entsprechende Internierung aber aufrecht erhalten werde.

Der Vorwurf des französischen Vorsitzenden, daß deutsche Militärbehörden dem bolschewistischen Vormarsch in den baltischen Provinzen Vorschub leisteten und die Operationen estnischer Truppen behinderten, wurde energisch zurückgewiesen. Ferner wurde eine Note des Marschalls Foch über angebliche grausame Behandlung französischer Kriegsgefangener in Ostdeutschland überreicht. Der deutsche Vertreter erklärte, die Beantwortung dieser Note seiner Regierung überlassen zu müssen, wies jedoch sofort darauf hin, daß bei der sehr großen Zahl der in so kurzer Zeit zurückzuführenden Gefangenen unangenehme Zwischenfälle sich ereignen könnten, machte aber im übrigen noch auf den Gegensatz in der Aufnahme der deutschen Uebergabekommandos bei der Entente und der Vertreter der Alliierten in Berlin aufmerksam. Auch die deutche Regierung besitze reiches Material über die Behandlung ihrer Kriegsgefangenen in Frankreich, das seinerzeit bei den Friedensverhandlungen in aller Oeffentlichkeit vorgelegt werden wird.

Die französischen Entschädigungs-Ansprüche.

Drahtmeldung.

Bern, 20. Dezember.

In der gestrigen Sitzung des Senats erklärt Ribot anläßlich der Erörterung über die Verlängerung des Privilegs der Bank von Frankreich, daß sich das allgemeine Budget Frankreichs ungefähr auf 17 Milliarden Francs belaufen werde, von denen acht Milliarden zur Zinsentilgung der Kriegsanleihen seien. Um die Finanzen auszugleichen, genüge es nicht nur. Steuern zu erheben, die selbst bei der stärksten Heranziehung des Kapitals jährlich nicht mehr als 11 Milliarden einbringen könnten. Frankreich müsse deshalb vom Feinde eine große Entschädigung verlangen. (Vom Budgetausschuß der Kammer auf 65 Milliarden festgesetzt. D. Red.) Diese Frankreich zu leistende Entschädigung müsse die Priorität gegenüber allen anderen zu zahlenden Entschädigungen haben. Bekomme Frankreich die Priorität nicht, so drohe es unter den ungeheuren Lasten zusammenzubrechen. Wenn die Entschädigung zum Ausgleich nicht genügend sein sollte, müßten die Lasten und Einnahmequellen unter den Alliierten zusammengelegt werden, um den Verpflichtungen nachkommen zu können.

Die deutschen Schiffe in der Türkei.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✱ Genf, 20. Dezember.

Der „Matin" erfährt, daß Admiral Amet, der französische Oberkommandant in Konstantinopel, die in den türkischen Häfen liegenden deutschen Schiffe beschlagnahmt hat.

Wedekinds „Büchse der Pandora".

Erstaufführung im Kleinen Schauspielhaus.

Die Zensur werden wir morgen schon so vergessen haben wie der Jüngling die kurzen Hosen. Hinter wieviel Verbotsschlössern hatten die Polizeipräsidenten von Berlin, Wien, München dieses kühnste und sittlichste Werk Wedekinds eingekerkert gehalten, und gestern gab's zum Schluß der Vorstellung doch nur ein bißchen mittleren Krach, ein oder zwei nationalliberale Gemüter schleuderten ein Pfui zur applaudierenden Jugend, das Bürgertum selbst schritt etwas beklommen aus dem Saal, nicht in rosaroter Stimmung, wie es zum letzten Abendtisch förderlich ist, sondern in jener fast peinlichen Erregung, die einem zuweilen zurückbleibt, wenn man einem herabgekommenen Verwandten begegnet ist. Man fühlt die Herabgekommenheit, tiefer aber noch die Verwandtheit.

Wedekind war Bänkelsänger, er hätte der Biographie seiner Lulu auch den alten Refrain „Von Stufe zu Stufe" geben können ja, es hätte seinem dämonischen Wesen gelegen, dem tiefsinnigen Werke die trivialste Marke aufzukleben. Die Kühnheit dieses Dramas besteht nicht darin, daß er das Hinabrutschen der armen Lulu in die allerletzte Londoner Straße darstellt, die „Büchse der Pandora" ist vielmehr deshalb so revolutionär — und Wedekinds Werk steckt drei Dutzend pazifistisch-menschheitlicher Gesinnungsdichter in die Westentasche —, weil in diesem grausam-aufrichtigen Werke der erotische Mensch ohne bürgerliches Kostüm, in der Qual seines nackten Wesens, wie es ihm angeboren war, dargestellt wird. Der [illegible]che Sensationssucher mag die „Büchse der Pandora" ansehen, [illegible]il er gehört hat, eine Gräfin Geschwitz trete darin als unnatürl[illegible]h empfindende Frauenfreundin auf. Aber die seichte Neugier wird dem Beschauer schnell ausgetrieben, wenn er statt kleiner Späße die erschütternde Tragödie einer unglückseligen, aber wurzelechten Leidenschaft beobachten muß. Der Neugierling hat gehört, hier trete Lulu als Straßendirne auf. Aber wenn er den vor Entsetzen kahlen Dachraum des armen Lustmädchens und ihre immer noch spendende Kraft neben den unheimlichen Almosenempfängern ihres Leibes wahrnimmt, dann muß dem dümmsten Schächer das ungeheure Pathos Wedekinds aufgehen. Dunkel muß er ein Wedekindsches Grundgefühl erfassen: Dieses Zeitalter hat sich an den innersten Freudenkern des einzelnen gewagt, es ist zerfressen, weil es sich im tiefsten Trieb nicht unversehrt erhalten konnte.

Das große Ereignis dieser Aufführung wäre noch bedeutender geworden, wenn die Vorstellung besser geraten wäre. Frau Eysoldt ist keine Lulu mehr, ich glaube, sie weiß das auch. Sie ist geistig, sittlich, körperlich in eine andere Atmosphäre gewachsen, und wenn sie heute die Lulu spielt, tut sie sich Gewalt an. Ungenügend, leer und ohne inneres Schicksal der Alwa des langen Herrn Lange, banal und affektiert, der Casti piani des Operettensängers Julius Spielmann. Dagegen gab Frau Körner als Geschwitz wieder eine reizvolle Silhouette, Werner Kraus und Emil Jannings aber waren wedekindwürdig, der eine in seiner phantastischen Brutalität, der andere in seiner unspöttlichen Greisengier. Aber es war ein Fehler des Regisseurs, Jannings auch als Jack, den Aufschlitzer, auftreten zu lassen. Das irritierte alle und schädigte Jannings. Der Lustmörder muß übrigens äußerlich gar kein Ungetüm sein, er kann, solange ihn die Mordlust nicht überfällt, ein gutmütiger, kleiner, lachender Mitbürger sein. Erst Lulus Mund entfesselt plötzlich das Tier.

Stefan Großmann.

Cosima Wagner ist nach Bayreuther Meldungen so schwer erkrankt, daß mit ihrem Ableben gerechnet werden muß. Frau Wagner würde am ersten Weihnachtsfeiertage 81 Jahre alt werden.

Dasselbe Lied.

Ein Mitarbeiter sendet uns die beiliegenden 1749 geschriebenen Verse Gottscheds ein.

Zwar sah ich neulich auch der Deutschen Trennung an,
Wie einer, den es schmerzt, was er nicht hemmen kann.
Ich sah den Bürgerkrieg Germaniens entbrennen,
Den keiner Tränen Flut genug beweinen können.
Das große Reich zerfällt durch innerlichen Streit
Und stärket seinen Feind durch eigne Zwistigkeit.
Dies, dies ist Deutschlands Bild, sobald sein Zwist erwacht:
Es reibt sich selber auf, indem sein Nachbar lacht
Und immer weiter greift. Dies haben wir gesehen . . .
Dies hab' ich auch beseufzt . . . allein es ist geschehen.

Joh. Christ. Gottsched, 1749.

„Die armseligen Besenbinder."

Carl Hauptmanns „Altes Märchen".

„Armselig" — das ist für Carl Hauptmann, der gestern auf der Volksbühne am Bülowplatz zu Worte kam, arm und selig zugleich. Das Naturell des Dichters, dessen Liebe zu derber Volkstümlichkeit so stark ist, wie sein Hang zur Märchenromantik, will beide Neigungen in diesem Stück mit einem Schlage befriedigen. Beide Welten wirken in- und durcheinander. Die Aermsten im entlegenen schlesischen Gebirgsdorf stecken tief im Schlamm und werden zur Himmelsseligkeit emporgehoben. Ihr Familienhaupt, der alte Besenbinder, ist nach irdischen Begriffen ein hartgesottener Sünder; in seinem jung gebliebenen Heißhunger maßt er sich ein Recht auf Einbruch, Diebstahl und Lüge an; aber in gestohlenem Wein berauscht er sich zu beseligenden Träumen, die ihn hoch über alle Not und über allen moralischen Katzenjammer hinausheben. Den Kern seiner stillen Hoffnungen bildet der Glaube an die Wiederkehr eines verschollenen Sohnes, der einst mit träumerischer Zuversicht in die Welt hinauszog, um aus dem Diamantenland die Schätze der Welt heimzuholen.

Der Alte und das Töchterchen des Auswanderers, das im Schlamm reingeblieben, erwarten rastlos das verheißene Wunder, und siehe da: ihr Glaube bleibt im Recht. Kurz nach der Bedrängnis durch die lächerliche Dorfgerichtsbarkeit offenbart sich ihnen die erwartete Pracht und Fülle; in der Gestalt eines geheimnisvollen Fremden, der bald Magier, bald Nabob aus überseeischen Landen, die Dorfleute durch seine Wunder verblüfft, mit Gold um sich wirft und noch mehr verheißt, als er spendet, erscheint der Ersehnte; der Alte ahnt nur als Sterbender die Nähe des Sohnes — die Sehnsucht des Gebrochenen wird nur im Tode befriedigt; aber die Tochter, die „von Ungeziefer rein geblieben", scheint den vollen Glanz der väterlichen Pracht mit offenem kindlichen Blick in sich zu saugen. . . .

Man folgt diesem Phantasiespiel, in dem die herbsten Züge der Wirklichkeit und die goldenen Fäden erträumten Märchenglücks einander kreuzen, willig, aber nicht ohne Hemmungen. Die von Humor getränkte Realistik hat mitunter starke Momente, die naive Märchenromantik, die dazwischen fährt, unvergleichlich stärkeren Reiz. Aber in seinem Bestreben, die beiden Welten in eins zu weben, hat der Dichter allzu kühn die Grenzen zwischen Wirklichkeit und Traum durchbrochen. Es ist manchmal schwer, die Vorgänge im Bewußtsein zu klären; sie wirren sich durcheinander. Selbst der Vorhang, dieser getreue Helfer bei allem Wechsel der Vorstellungen, scheidet nicht die Gesichte. Der Traum strömt aus einem Akt in den anderen hinüber, und man hat Mühe, sich

Die Annäherung Spaniens an Frankreich

Drahtmeldung.

Madrid, 20. Dezember.

Der Ministerpräsident Graf Romanones fuhr am 18. Dezember nach Paris ab. Vor seiner Abreise wurde ihm am Bahnhof durch einen Adjutanten ein Schreiben des Königs Alfons überreicht, in dem dieser seinen Bemühungen guten Erfolg wünscht. Auf dem Bahnhof waren die Minister, die Vertreter der Verbandsmächte sowie zahlreiche Parlamentarier erschienen. — Wie ferner gemeldet wird, will der König in Abweichung vom Zeremoniell den neuen französischen Gesandten vor der Abgabe seines Beglaubigungsschreibens in kleiner Audienz empfangen.

Das persönliche Hervortreten des Königs Alfons in der Unterstützung des neuen spanischen Kurses muß um so mehr auffallen, wenn man in Betracht zieht, daß gerade der König es war, der sich während des Krieges dem von Romanones vertretenen politischen Programm, also der Hinneigung zur Entente, mit aller Entschiedenheit widersetzt hat. Inwieweit innerpolitische Gründe bei der Schwenkung der spanischen Politik mitsprechen, läßt sich nicht erkennen, jedenfalls sind aber die Schwierigkeiten, die der Madrider Regierung aus der Hartnäckigkeit der Selbständigkeitsbewegung Kataloniens erwachsen, in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen.

Italiens politische Unehrlichkeit.

Drahtmeldung.

Genf, 20. Dezember.

Der König von Italien ist gestern in Paris eingetroffen. Beim Festessen brachte Poincaré einen Trinkspruch auf den König aus, in welchem er der italienischen Politik gedachte, die schon 1902 sich endgültig vom Dreibund abgewendet und Frankreich die Versicherung gegeben habe, daß Italien an keinem Angriffe auf Frankreich teilnehmen werde; dies Wort habe Italien gehalten und es damit der französischen Regierung ermöglicht, seine besonders tüchtigen Alpentruppen gleich beim Anfang des Krieges an die deutsche Front zu werfen. Das Eingreifen Italiens in den Krieg sei dann großenteils dem unmittelbaren persönlichen Eingreifen des Königs zu verdanken, welcher die alten politischen Verbindungen Italiens aufgelöst und Frankreich und Italien, die durch Abstammung und Kultur zueinander gehörten, auch durch Waffenbrüderschaft für immer verbunden hätte: Verbündete im Kriege, würden sie auch im Frieden verbündet bleiben durch ihre Gefühle wie aus Ueberzeugung. — In seiner Antwort nannte der König von Italien die von dem Präsidenten betonte Verbindung zwischen Frankreich und Italien einen neuen Beweis für die Unsterblichkeit der alten, ruhmvollen lateinischen Rasse. Dem Zusammenwirken beider Länder im Kriege solle friedliches Zusammenarbeiten folgen.

Poincaré spielt in seinem Trinkspruch auf das 1902 zwischen Frankreich und Italien abgeschlossene Abkommen über die Mittelmeerfragen an, das auch über das Schicksal von Tripolis schon damals entschieden haben dürfte. Es ist bekannt, mit welchem Eifer die leitenden Staatsmänner Italiens seinerzeit bemüht waren, in Berlin und Wien den Glauben zu nähren, daß diese Verständigung mit Frankreich keine „Extratour", wie Fürst Bülow sich ausdrückte, und keine Abweichung vom Kurse des Dreibundes bedeuten sollte. Die Unehrlichkeit der italienischen Politik wird durch die Pariser Trinksprüche von neuem in ein grelles Licht gesetzt.

Polnische Eingriffe in das Schulleben. Die gewaltsamen Eingriffe der Polen haben sich nun auch auf das Schulwesen erstreckt. Machtlos stehen die Behörden diesem Treiben gegenüber. Als Beigeordnete für das Provinzialschulkollegium in Posen sind der Prälat v. Lukomski, der Oberlehrer a. D. Professor Lengowski (höheres Schulwesen) und der frühere Taubstummenlehrer Suchowiak (Volksschulwesen) vom Posener Arbeiter- und Soldatenrat entsandt worden. Suchowiak spielt den Diktator auf dem Gebiete des Volksschulwesens. Auf seine Anordnung wird seit dem 18. d. M. der gesamte Religionsunterricht in polnischer Sprache und polnischer Schreib-Leseunterricht auf jeder Stufe erteilt. Jedem Schulleiter hat er einen polnisch sprechenden Lehrer als Beirat und Aufsichtsrat gegeben. Diese Lehrer, die noch vor Kurzem glühende deutsche Patrioten waren, haben sich als tüchtige Verwandlungskünstler bewährt. Sie tun jetzt Polizeidienste über ihre Kollegen. Nach solchen Ernennungen hat die deutsche Bürgerschaft ebenfalls ein Recht, eine Vertretung bei den Behörden zu verlangen.

Adolph Hoffmanns Ausbreitung.

Ernennung zum Bundesratsbevollmächtigten.

Eine als „amtlich" bezeichnete Veröffentlichung besagt, daß dem Minister Adolph Hoffmann eine Verfügung zugegangen sei, wonach er zum „Bevollmächtigten Preußens im Bundesrat ernannt" worden sei. Ihre amtliche Veröffentlichung soll offenbar den Eindruck erwecken, als ob es sich um etwas Besonderes handele, um eine Art Ovation für Hoffmanns bisheriges Wirken. In Wahrheit sind eine ganze Reihe von preußischen Ministern zu Bundesratsbevollmächtigten ernannt worden, was übrigens keineswegs etwas Besonderes bedeutet, nachdem die Revolution dem Bundesrat seiner eigentlichen Funktionen entsetzt hat. Die erwähnte amtliche Meldung begnügt sich aber nicht mit der Wiedergabe der Ernennung, sie fügt vielmehr auch noch einen Zusatz hinzu, der vollends klarmacht, daß es sich um einen Rettungsversuch gegenüber den klaren Beweisen handelt, daß Adolph Hoffmanns Wirken zwar für die Reaktion unbezahlbar ist, aber für die herrschende Partei eine schwere Gefahr. Der Zusatz lautet:

„Im Anschluß daran können wir mitteilen, daß es dem Genossen Hoffmann etwas besser geht und der Arzt die Hoffnung ausgesprochen hat, den Patienten nunmehr durchzubringen. Hoffentlich kann Genosse Hoffmann seine Arbeiten im Kultusministerium recht bald wieder aufnehmen und für eine geradlinige Ausbreitung der Kulturinteressen sorgen."

Auch wir wünschen Adolph Hoffmann baldige völlige Genesung, aber seine „geradlinige Ausbreitung" im Kultusministerium hat bisher nur die Wirkung gehabt, daß dem Zentrum die drohende Spaltung erspart geblieben ist. Erst heute wird dem „Vorwärts" geschrieben, daß seit dem Kulturkampfministerium Falk nichts das Zentrum so gestärkt habe, wie die bisherigen vier Wochen Ministerium Adolph Hoffmann. Insbesondere werden die katholischen Wählerinnen bis zum ekstatischen Fanatismus aufgepeitscht. Allen religiös Empfindenden preist man das westdeutsche Staatswesen als Rettung vor den Berliner Kirchenstürmern an, und positive Protestanten, ja sogar Juden, sammeln sich unter diesem Schlachtgeschrei des Zentrums. — In der Tat kann das Zentrum Herrn Adolph Hoffmann ein Denkmal setzen.

Konstituierung des Zentralrats.

Der vom Rätekongreß gewählte Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands hat sich am Freitag nachmittag konstituiert und zu Vorsitzenden die Genossen Leinert-Hannover, Cohen-Reuß und Hermann Müller gewählt. Zum Kassirer wurde Schäfer-Köln und zum Schriftführer Genosse Waeger-Ostfront bestimmt. Die Uebergabe der Geschäfte durch den bisherigen Vollzugsrat soll Sonntag, vormittag 10 Uhr, erfolgen. — Der neugewählte Zentralrat hielt schon am Freitag in der Reichskanzlei seine erste Sitzung ab. Später schloß sich daran eine Sitzung in Gemeinschaft mit den Volksbeauftragten an.

Der Berliner Sicherheitsdienst.

Mitteilungen des Polizeipräsidenten Eichhorn.

Im Berliner Polizeipräsidium fand heute vormittag eine Besprechung statt, in der Polizeipräsident Eichhorn der Presse Mitteilungen über die wichtigsten Vorgänge im Polizeipräsidium machte.

Der Sicherheitsdienst in Berlin, so legte der Präsident dar, ist natürlich eine vorübergehende Notmaßnahme. Wenn die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden sein werden, wird die Sicherheitsmannschaft allmählich aufgelöst werden, und lediglich die Polizeibeamten werden bleiben. Nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse wird es aber nicht möglich sein, die Sicherheitsmannschaften vor dem nächsten Sommer zu entlassen. Die Einstellung der 3000 Sicherheitsmänner mußte seinerzeit ziemlich wahllos erfolgen. Daraus ergaben sich naturgemäß große Mißstände, die jetzt aber im wesentlichen beseitigt sind. Es ist beschlossen worden, daß die Zahl der Soldaten, die Sicherheitsdienste tun, beschränkt wird. Zu den 4000 Schutzleuten, die zur Verfügung stehen, werden zukünftig 3600 Sicherheitsmänner kommen, von denen ein Drittel verheiratete Bürger sein werden. Indem man ruhige besonnene Bürger mit den Soldaten gemeinsam auf der Straße Dienst tun läßt, hofft Herr Eichhorn, die Zuverlässigkeit des ganzen öffentlichen Polizeiwesens zu heben und das Pflichtgefühl der infolge ihrer vierjährigen Kriegszeit häufig nervösen und überreizten Soldaten zu vergrößern. Die Sicherheitswehr wird für die Zukunft rote Binden mit weißer Ziffer, der ein P. vorgesetzt ist, tragen. Außerdem führen die Leute einen mit Photographie versehenen Ausweis bei sich, der dieselbe Nummer aufweisen muß, wie ihn die Armbinde zeigt.

Die Mitglieder der republikanischen Soldatenwehr, die der Kommandantur 2 unterstehen, tragen jetzt rote Binden mit schwarzen Ziffern und einen gleichen Ausweis wie die Sicherheitsmannschaft. Die Geschäfte zwischen Kommandantur und Polizei sind vollständig getrennt worden. Die Bewachung der Staatsgebäude, die Sicherheit des Heeresgutes und alle militärischen Angelegenheiten unterstehen der Kommandantur.

Die äußeren Verhältnisse in den Straßen Berlins ließen darauf schließen, fuhr Eichhorn fort, daß es mit dem Sicherheitsdienst gegenwärtig nicht sonderlich gut aussehe. Ueberall sehe man Massenstraßenhandel, zumeist von jugendlichen Personen und Soldaten ausgeübt. Dieses äußere Straßenbild werde sich aber ändern, wenn erst nicht mehr täglich große Massen von Soldaten nach Berlin kommen und das Weihnachtsfest vorüber ist. Auch der massenhaften Verbreitung von Hetzblättern gegen die jüdische Einwohnerschaft sollte man nicht allzu große Bedeutung beilegen.

Auch die Angst weiter Kreise der Bevölkerung vor Putschversuchen der Spartakusleute hält Herr Eichhorn für übertrieben. Die Gemüter würden sich bald aufklären, und die Spartakusleute würden einsehen, daß der Kampf um politische Ziele nur mit Waffen des Geistes ausgefochten werden kann.

Eichhorn bedauert lebhaft, daß viele Gastwirtschaften die bestehenden Vorschriften gegen die Polizeistunde nicht beachten, und gegenwärtig ein übermütiger Trubel in Berlin herrsche. Er habe seine Verordnungen bisher nicht gleich mit Strafverfügungen verquicken wollen, aber wenn die Gastwirte, Kaffeehausbesitzer usw. dem Unfug nicht sehr schnell ein Ende machten, werde mit schweren Strafen eingeschritten werden.

Polizeirat Henning machte noch Mitteilungen über die Abschiebung der Ostländer. In den letzten Wochen seien bereits 1500 in Rußland ansässige Personen in ihre Heimat befördert worden. Oberregierungsrat v. Glasenap zeigte den Pressevertretern dann noch die neueingerichteten Lichtbildprüfungsräume. Die Neuerungen sind derart, daß Unglücksfälle, wie z. B. in der Friedrichstraße, unmöglich sind. Für den Fall, daß auch die Filmzensur aufgehoben werden sollte, worüber noch Verhandlungen schweben, werde man diese neuen Räume doch noch als vorbildliche Muster benutzen können.

Der Nationalwahlkommissar der Stadt Berlin. Für die Wahlen zur Nationalversammlung hat der Oberpräsident für den Stadtkreis Berlin den Stadtrat Loehning zum Wahlkommissar und den Stadtrat Mielenz zum Stellvertreter ernannt.

Aufhebung von Beschlagnahmen in der Textilindustrie. Für alte Strickgarne, die am 31. Dezember 1915 in offenen Läden erhältlich waren, ist die Aufhebung der Beschlagnahme ersucht worden. Auch für Kunstrollgarn ist die seinerzeit verfügte Beschlagnahme nunmehr aufgehoben worden.

Einschränkung des Geldverkehrs für Auslandsreisende. Nach den Bestimmungen über den Zahlungsverkehr mit dem Ausland (Devisenordnung) war es bisher erlaubt, deutsche Geldsorten, Banknoten usw. bis zu 1000 Mark täglich, jedoch innerhalb eines Kalendermonats nicht über 3000 Mark ohne Einwilligung der Reichsbank nach dem Ausland zu überbringen oder zu versenden. Im Zusammenhang mit der Bestimmung der feindlichen Regierungen daß deutsches Geld in Belgien, Nordfrankreich und zum Teil auch in den besetzten Gebieten mit 125 Franken für 100 Mark eingelöst werden kann, hat sich bei dem verhältnismäßig niedrigeren Stande der deutschen Mark in den neutralen Ländern in den letzten Tagen eine umfangreiche Verbringung von deutschen Marknoten nach den neutralen Ländern entwickelt. Dadurch erschienen deutsche Interessen erheblich gefährdet. Durch eine Bekanntmachung des Reichswirtschaftsamts sind die bisher geltenden Bestimmungen dahin abgeändert worden, daß bis auf weiteres nur 50 Mark täglich und höchstens 150 Mark monatlich ohne Einwilligung der Reichsbank nach dem Ausland überbracht werden dürfen.

Zivilisten in Uniform. Entlassene Unteroffiziere und Mannschaften müssen häufig noch die Uniform weiter tragen, da nicht jedem ein bürgerlicher Anzug mitgegeben werden kann. Um diese Entlassenen von denen zu unterscheiden, die sich noch im Heeresdienste befinden, ist angeordnet worden, daß sämtliche Unteroffiziere und Mannschaften, die aus dem Heeresdienst entlassen werden und die ihnen als Entlassungsanzug mitgegebenen Uniformen tragen, vom Rock, Bluse sowie vom Mantel die Schulterklappen zu entfernen haben. Wenn Unteroffiziere und Mannschaften noch im Heeresdienst stehen, so tragen sie fortan wieder die Schulterklappen ihres Truppenteils sowie das Koppel.

Erleichterung des Kirchenaustritts. Künftighin wird für den Kirchenaustritt eine einmalige Erklärung genügen, statt wie bisher eine zweimalige. Die Kirchensteuern sind dann nur noch für das laufende Vierteljahr zu zahlen. Eine Verfügung des Preußischen Justizministeriums wird demnächst erscheinen.

Milch- und Zuckerpräparate für Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre werden, nach Mitteilung der Fettstelle Groß-Berlin, nur noch in 25 Apotheken Groß-Berlins abgegeben, da die Zuweisung sehr erheblich zurückgegangen ist.

600 000 Zentner Sauerkraut freigegeben. Da sich der Bedarf von Heer und Marine infolge der Demobilisierung erheblich ermäßigt hat, sind beträchtliche Mengen von Sauerkraut für die Zivilbevölkerung verfügbar geworden. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat bereits 600 000 Zentner an die Bundesstaaten überwiesen. Es erhalten: Preußen 379 000.

Streik der Erdarbeiter in Berlin. Seit heute früh sind sämtliche Erdarbeiter in Groß-Berlin in den Ausstand getreten. Sie verlangen statt des bisherigen Lohnes von 1,50 M. für die Arbeitsstunde in der Tagschicht 2,— M. Der Demobilmachungsausschuß ist mit der Sache befaßt worden und wird darüber zu entscheiden haben, ob die Lohnforderung gerechtfertigt ist. Daß der Streik nicht ausschließlich in diesen Lohnfragen seine Ursache hat, sondern zum Teil politischer Natur ist, beweist die Tatsache, daß die Arbeitseinstellung auf den Baustellen durch feldgraue Soldaten, die keinen Ausweis vorzeigen konnten, veranlaßt wurde.

---

auf den Schauplatz zu besinnen. Sogar die naive Wißbegier des Publikums, der Anspruch auf das letzte Schicksal der handelnden und leidenden Personen, die auch im wunderlichsten Märchen nicht auf ihr Recht verzichten, werden nicht voll befriedigt. Die Gestalt des Fremden, der bald als Gaukler, bald als Segenspender wirkt, bleibt rätselhaft, das Glück seiner Tochter problematisch. Wir lieben es ja, wenn „das Auge des Dichters in schönem Wahnsinn rollt," aber der große Dramatiker, der dieses klassische Wort für die Ungebundenheit der Phantasie geprägt hat, zeigt in derselben Dichtung, in der es anklingt, im Sommernachtstraum, wie der sicherste Kunstverstand über dem holdseligsten Spiel der Einbildungskraft waltet und wie die Fäden sich wunderbar verschlingen und doch reinlich lösen können. In dem Gewebe Karl Hauptmanns, das durch viel feinen Reiz Sinn und Sinne gewinnt, bleibt mancher ungelöste Knoten zurück . . .

Das Stück wurde in Kayßlers Theater mit der Liebe, die es verlangt, dargestellt; ohne ausgesprochene Virtuosenhilfe, auf die in der letzten Zeit in Berlin zu einseitig Gewicht gelegt wird, aber mit wohlgestimmten, ausreichenden Kräften. Guido Herzfeld wußte die Elemente des hartgesottenen Sünders und des heimlichen Romantikers in einer Gestalt aus ganzem Holze glücklich zu vereinen. Aus dem rauhen Trotz des alten Wilddiebes leuchtete die verborgene Seligkeit des Glaubens hervor. Ein neues frisches Talent von Naturreiz lernte man in Lucie Mannheim kennen, die an das im Sumpf reingeblieben Mädchen glauben ließ. Noch fehlt der jungen Dame die Durcharbeitung der feinsten Züge; aber das Entscheidende war getroffen: die Persönlichkeit fesselte und überzeugte. Der bedeutsamen Feierlichkeit der Fremden wurde Eduard Rothauser im vielsagenden, ruhigen Ton und in der gemessenen Bewegung gerecht; ein leichter magyarischer Anklang sollte wohl nur das Freundnetige charakterisieren.

Eine schwere Aufgabe bewältigte Agathe Bergsma als Prinzessin Trull, als irrsinnige Hausgenossin der Besenbinder, die in ihrem stillbeglückten Größenwahn eine rein symbolische Bedeutung hat. Die Darstellerin gab dieser überflüssigen Figur, die man lostrennen könnte, ohne einen organischen Teil der Dichtung zu verletzen, so viel unheimlichen und doch rührenden Reiz, daß man die Hemmung, die in ihr liegt, übersah. Für die märchenhaft stilisierte Komik des Stückes kamen Julius Sachs und Harry Berber auf. Dr. Paul Legband bewährte sich als Spielleiter in liebenswürdigen Märchenbildern und -Gruppen. Naiv-phantastisch wirkte namentlich das Kirchentor der Himmlischen Seligkeit mit all den schlichten und feierlichen Gestalten, die ein- und auszogen. Nur mit dem naturwidrigen, kubistisch angehauchten Felsenhintergrund, in den sich das Volkstheater verliebt hat, kann ich mich nicht befreunden. Des ausgesprochen freundlichen Erfolges wurde bereits gedacht. Man sah Karl Hauptmann immer wieder gern erscheinen. Er ist ein Dichter, auch wenn er ab und zu in den „Irrgarten der Romantik" hineingerät. A. K.

Heinz Tiessen hat Carl Hauptmanns Märchen mit einer Musik versorgt, die den inneren und äußeren Forderungen des Stückes in schöner Weise gerecht wird. Aeußerst sparsam sind die Mittel, deren er sich bedient. Die Klänge einer Geige genügen, um ein eigenartig mystisches Totentanzmotiv wirksam zu machen. Mit Klarinette und Kontrabaß oder Klarinette, Bratsche und Kontrabaß behilft sich Tiessen bei der Instrumentierung zweier hübscher Tänze von echt volkstümlicher Haltung. Des ferneren tun ernste Chorsätze im Spielen alter Kirchenlieder ihre Schuldigkeit. Tiessen hat sich aufs neue als ein feinsinniger und geschmackvoller Musiker erwiesen, der es versteht, den etwas heiklen Bedürfnissen der Schauspielbühne Rechnung zu tragen. M. M.

Der neue Sudermann im Residenz-Theater. Hermann Sudermann hat sein neuestes Bühnenwerk „Das höhere Leben", Komödie in 4 Akten, dem Residenz-Theater zur Uraufführung überlassen. Die Premiere findet in der zweiten Hälfte des Januar statt.

Spielplan der Berliner Bühnen: Opernhaus: 22. „Mignon" (Nr. 280). 23. „Götterdämmerung" (Nr. 281). 25. „Meistersinger" (Nr. 282). 26. „Rosenkavalier" (Nr. 283). 27. „Maskenball" (Nr. 284). 28. „Martha" (Nr. 285). 29. „Aida" (Nr. 286). 30. „Fidelio" (Nr. 287). — Schauspielhaus: 22. „Kater Lampe" (Nr. 285). 23. „Braut von Messina" (Nr. 286). 25., 30. „Othello" (Nr. 287, 292). 26. „Flachsmann" (Nr. 288). 27. „Peer Gynt" (Nr. 289). 28. „Journalisten" (Nr. 290). 29. „Nathan" (Nr. 291). — Deutsches Opernhaus: 22. „Fledermaus". 23., 27. „Oberon". 25. „Lohengrin". 26. „Tannhäuser". 23. „Tote Augen" 29. „Zigeunerbaron". 30. „Figaros Hochzeit". 31. „Fledermaus". — Deutsches: 26. „Kaufmann von Venedig", sonst „Und das Licht scheinet in der Finsternis". — Kammerspiele: 22., 25., 27., 29. „Der Sohn". 23., 26., 28., 30. „Michael Kramer". — Lessing: 23., 30. „Marquis v. Keith". 28. „Peer Gynt", sonst „Der Schöpfer". — Königgrätzer: 25. „Fünf Frankfurter". 26. „Rosmersholm". 30. „Eselei", sonst Musik. — Volksbühne: 22., 27., 30. „Die armseligen Besenbinder". 23. „Kirschgarten". 25., 26., 28. „Wilhelm Tell". 29. „Maß für Maß". — Schiller Theater: 22., 28. „Pfarrer von Kirchfeld". 23., 26., 27. „Das Konzert". 25., 30. „Sappho". 29. „Alt-Heidelberg".

Täglich: Berliner: „Sterne, die wieder leuchten". — Künstler: „Nachtbeleuchtung". — Residenz: „Friedensverhandlungen". Ab 25. „Lebensschiller". — Komödienhaus: „Tanzende Nymphe". — Wallner: „Graf Habenichts". — Kleines Schauspielhaus: „Büchse der Pandora". — Kleines: „Freie Knechte". — Trianon: „Der gute Ruf". — Theater des Westens: „Lustige Witwe". — Lustspielhaus: „Spanische Fliege". — Nollendorf: 22., 27. „Eva". 23., 30. „Drei alte Schachteln". 25., 26., 28., 29. „Der Jugbaron". — Zentral: „Rose von Stambul". — Thalia: „Polnische Wirtschaft". — Komische Oper: „Schwarzwaldmädel". — Metropol: „Faschingfee". — N. Operettenhaus: „Die keusche Susanne". — Palast-Th. am Zoo: „Mikado". — Friedrich-Wilhelmst.: „Hannerl". — Th. in der Friedrichst.: „Drei tolle Tage".

Kleine Residenzen.

Von
Emil Ludwig.

Dessau.

Im Gasthofe fällt das Auge zuerst auf einen verglasten Wandschmuck: „Die alte Zeit — Die neue Zeit. In Seide gestickt." Da ist nicht etwa Bahn und Flugzeug zu sehen, sondern die Post und die Eisenbahn, diese aber, als Signum der Neuzeit, in einem jener ersten Züge, deren Maschinen wir nur noch aus alten Kupfern kennen. Daneben hängt der heutige Theaterzettel, über dem steht „Herzogliches Hoftheater" und die Krone. Drüber der letzte Aufruf des Prinzen Max vom 6. November.

Dann geht man in eine Wahlversammlung — denn Anhalt wählt zuerst in Deutschland einen konstituierenden Landtag —, in einem gothisch-modernen Saale horchen andachtsvoll der Wahlrede Männer und Frauen, da rührt sich niemand, der demokratische Redner wird nicht müde, dem Sozialisten, seinem Gegner, volle Sympathie und große Aehnlichkeit in den Zielen zu versichern, alles bleibt still: nur als der Redner sein „schmerzliches Bedauern" über die Abdankung der Dynastie immer erneut betont, einen sich alle zu lautem Bravo. So reden und schreiben alle im Herzogtum Anhalt, auch die Sozialisten, deren es nur gemäßigte gibt, und wirklich, es ist noch heute ein verwunschenes Herzogtum, das sich in amtlicher Unterschrift Republik nennt, und niemand scheint gesonnen, den Zauberschlaf zu stören, in dem man es vor 5 Wochen versinken ließ.

Denn als am 9. November morgens, durch fremde Truppen aufgeweckt, die kleine Garnison sich in Soldatenräte zusammenschloß, als dann diese Revolutionäre, damit nicht Unbekannte Unheil stifteten, den Bürgermeister, einen demokratischen Anwalt, herbeitelephonierten und dieser, um alles in Ordnung zu bannen, selbst zur Zuziehung von Arbeiterräten riet, da dachte niemand an Umsturz, und die „12 Punkte" sprachen nur vom Wegfall des Grußes, vom gleichen Essen, von Urlaub und baldiger Entlassung. In tadelloser Ordnung bewegte sich, „still wie ein Leichenzug" der Zug durch die Stadt, das Schloß, das Ministerium vermeidend, und endete mit Reden alter Führer. Noch wußte niemand die Dinge in Berlin.

Inzwischen hatte, fünf Tage vorher, der Prinzregent den alten feudalen Einzelminister aufgegeben, um einen moderneren Landrat mit der Bildung eines Kabinetts aus allen Parteien zu betrauen; das alte Wahlrecht, das in diesem industriellen Lande einem einzigen Sozialisten Eintritt in den Landtag erzwungen hatte, sollte einem neuen, geheimen und annähernd gleichen weichen, denn die Bewegung des Volkes und der Völker hatten auch an diese glückliche Küste geschlagen. Da kommt der Sturz der Dynastien ringsumher, inselhaft ragen nur noch diese Askanier aus der Flut — und Bürger, Arbeiter und Bauern stehen vor der erschreckenden Nötigung, sich von einem Fürstenhaus zu trennen, das „keinen Feind im Lande hat". In Presse und Versammlungen erklären die Sozialisten alle, nichts dränge sie, den Fürsten abzusetzen: der Atem der Zeit weht stärker heran, und während der erschrockene Regent auf seine freiwilligen demokratischen Akte weist, sieht er nach ein paar Tagen traurig und enttäuscht von schlechten preußischen Beispielen, die gute anhaltische Sitte verderben, daß er weichen muß. Mit einem wahrhaft vornehmen Erlasse tritt er für den 17jährigen Herzog zurück, mit leiser Skepsis am Ende auf eine gute Zukunft seines Volkes hoffend. Alle Blätter, 300 000 Anhaltiner stehen trauernd vor solchem unlogisch-logischen Entschluß.

Denn ein Geschlecht, das länger als fast alle in Deutschland, das tausend Jahre als Grafen, Fürsten, Herzöge dies Land beherrschte, tritt, sehr geliebt, vom Schauplatz. Was Dessau schön macht, stammt von ihm. Die edlen Profile von Palais und Häusern, die Knobelsdorff und Erdmannsdorff dem holländischen Barocke nachgebildet, alte Parks vor der Stadt, Bazare, Wohlstand drinnen, Kultur vor allem, Musikalität der Dessauer: sie haben alles durch Vermögen, Freigebigkeit, Geschmack der Dynastie erworben oder erlernt, und betrachtet man im Rathause Stiche und Bilder dieser Ahnenreihe, so spricht mehr Geistigkeit, mehr Bonhommie und künstlerische Weltflucht aus diesen Zügen als Wille zu Macht und Geltung. Da ist Fürst Franz, Carl Augusts Freund, der sich vom graecisierenden zum romantischen Mäcen entwickelte, Gönner Winkelmanns, Kenner Goethes. Da ist, nach manchem Einer, der die stärksten Spuren im Leben der Stadt, in den Herzen der Armen, der Künstler, der Strebenden hinterließ: Herzog Friedrich, der anderthalb Jahrzehnte lang das Hoftheater, ein Jahrhundert nach seiner Gründung, zu einer großen deutschen Oper machte. Dieser Sonderling, der letzten April starb, regierte am Tage als Regisseur auf der Bühne, nachts, still verwaltend, emsig unpolitisch in seinem Arbeitszimmer, und indem er die Hälfte seiner Ausgaben, drei Viertel Millionen jedes Jahr dem Theater gab, wußte er seinen Dessauern für zwei Mark zwanzig Abonnement, Parkett, Bayreuther Kehlen vorzuführen. Schuldner, die Wechsel nicht einlösen, Offiziere, die Ehrenschulden nicht zahlen, Schiffbrüchige, die den kleinen Laden nicht neu herrichten konnten —, und alle, alle kamen, niemand ging unbeschenkt.

Zwei Brüder, die ihm noch im selben Jahre folgten, setzten die Tradition fort, und so schienen diesem kleinen Staat Prinzregent Aribert und Herzog Eduard Väter des Landes, die abzusetzen Takt, Ueberlieferung, doch auch Klugheit verbot. Dabei fehlte es an Festen, durch die sonst der Schein der Volkstümlichkeit leicht erworben wird: Hoftrauer, fast unablässige, durch viele Verwandtschaften gehäuft, dazu das Getrenntleben der Gatten, unter den letzten Herzögen, Mangel an Frauen an diesem sonderbar nach innen lebenden Hofe, ließen in 23 Jahren kaum mehr als ein halbes Dutzend Mal Fenster und Säle für Hoffeste erleuchtet sehen, und wenn der Wagen aus der „Residenz" fuhr — einem verbauten, schön begonnenen, dann durch „deutsche Renaissance 1875" verdorbenen Bau, auf dessen Zinne unbegreiflich in Gold der Adorant die Arme erhebt —, dann war es ein wenig betreßter Lakai, der den Schlag öffnete, und am liebsten gingen diese Fürsten zu Fuß durch ihre Straßen.

Sie tun es noch heute. Alles blieb unverändert. „Schutz für Leben und Eigentum des Herzoghauses" übernahm in den Novembertagen der A.- und S.-Rat, der Posten vor dem Schloß bedeutet Schutz, nicht Haft, freiwillig präsentiert er, alle Leute grüßen die Fürsten, und die rote Fahne, die ein paar Tage vom Mast wehte, ist längst verschwunden. In Dessau weht noch eine. Alle Ressorts arbeiten wie zuvor, nur ist an die Stelle des Herzogs ein Staatsrat unter Heines gemäßigtem Vorsitz getreten, siebenhäuptig, wie das vor dem Umsturz geplante Kabinett, doch mit vier, statt zwei Sozialisten. Der Staatsminister der letzten Tage leitet den Uebergang, und selbst der Wahlkampf, aus dem jetzt eine 36köpfige Konstituante hervorgehen soll, ist kaum ein Kampf: die Sozialisten werden siegen, wie sie in beiden Kreisen für den Reichstag siegten.

Denn draußen, an den Flanken dieser stillen, einstöckigen Stadt, drängt sich, vom Krieg verdoppelt, W... [illegible] Werk, ein Viertel dieser 60 000 Köpfe Dessauer sind Arbeiter, aber nicht eine Fabrik wird auch nur von Unabhängigen beunruhigt; was sie in Bernburg etwa probierten, erstickte in dem gelassenen Temperament dieses slawisierten Mischvolkes, das, an der Peripherie von Preußen, nicht alle Tugenden, gewiß nicht alle Fehler Preußens teilt. Die Banken in Dessau sehen seit dem Umsturz ihre Depots vergrößert! Und über dem kurulischen Sessel des roten Regenten Wolfgang Heine tragen die Bilder des Herzogspaares goldene Kronen über den goldenen Rahmen.

Nur eins beunruhigt Stadt und Land: Wird Mikorey gehen, der Generalmusikdirektor? Wird Mikorey bleiben? Als das sanfte Unwetter kam, sandten Sänger und Chor eine Deputation zu Seiner direktorialen Hoheit: der grobe Mann muß fort! Die Zeichen der Zeit .... Aber während er selbst sich zum Rücktritt seiner tausendjährigen Dynastie entschloß, wagte er doch, Mikorey, den gefürchteten, gefeierten, vorläufig nur zu beurlauben. Es war seine letzte Unterschrift.

Wer wird das Herz von Dessau — fragen alle — wer wird das Hoftheater erhalten? Solange die Askanier als Private im Lande bleiben, werden Handel und Kunst wenig verlieren. Den Fürsten gehört ein Achtel des Landes als privates Eigentum. Läßt man ihnen Zins und Früchte dieser Fideikommisse, so werden sie, hofft man, auch das Theater auf seiner Höhe halten. Geschäft und Dankbarkeit, Phlegma und Klugheit treiben die Dessauer, ihren weiland Fürsten das Bleiben im Lande möglichst angenehm zu machen. Nichts wäre ihnen lieber, als draußen an den Flanken der Stadt mit Fogger-Flugzeugen und Kruppscher Filiale sozial, modern, im Innern aber mit Barockprofilen und Bayreuther Gästen à 2 Mark 20 konservativ zu bleiben; so, wie das Seidengewebe im Gasthaus die „neue Zeit" verstickt. . .

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Theologen. Aus Halle wird uns gedrahtet: Angesichts der kirchlichen Gegenwartsfragen, insbesondere der Trennung vom Staat, beschlossen die Theologen der Universität Halle, Dozenten und Studierende, schleunigst die Theologen aller deutschen Universitäten zu einer Arbeitsgemeinschaft aufzurufen.

Hochschulnachrichten. Der Vertreter der chemischen Technologie an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe Dr. phil., Dr.-Ing. h. c. Hans Bunte begeht am 25. Dezember den 70. Geburtstag.

Der Ordinarius der Erdkunde an der Technischen Hochschule in München Prof. Dr. Siegmund v. Günther tritt am 1. Mai 1919 vom Lehramt zurück. Der bekannte Geograph, ein geborener Nürnberger, steht im 71. Lebensjahre.

Der Präsident des Landgerichts in Marburg Geh. Oberjustizrat Muhl ist anläßlich seines 50jährigen Dienstjubiläums von der dortigen juristischen Fakultät zum Ehrendoktor ernannt worden.

In Stuttgart-Cannstatt ist der frühere Rektor der Friedrich-Eugen-Realschulschule und Dozent der Geographie an der Stuttgarter Technischen Hochschule, Oberstudienrat Eduard v. Schumann, im 76. Lebensjahre gestorben.

Am 22. Dezember d. J. begeht der Lehrer der Ingenieurwissenschaften und Fachschriftsteller Geh. Baurat Leo v. Willmann, ordentl. Professor an der Technischen Hochschule zu Darmstadt, die Feier seines 70. Geburtstages.

Zur Fortsetzung seiner geschlechtsphysiologischen Forschungen hat das Komitee zur Verwaltung der Erbschaft Treitl bei der Wiener Akademie der Wissenschaften dem Prof. Dr. Eugen Steinach in Wien eine Subvention von 12 000 Kr. bewilligt.

In Wien ist der a. o. Professor für Zoologie an der dortigen Technischen Hochschule Dr. med. Edler von Marenzeller, emer. Kustos des naturhistorischen Hofmuseums, im 74. Lebensjahre gestorben.

Letzte Nachrichten.

Die Beisetzungsfeier für die Todesopfer vom 6. Dezember begann heute mittag 12 Uhr in der Siegesallee. Die Liebknechtgruppe hat diese Gelegenheit benutzt, um eine politische Demonstration zu veranstalten, sie hat die Aufstellung des Zuges sowie die Veranstaltung der Feier an den Gräbern im Friedrichshain in die Hand genommen. Lange vor 12 Uhr marschierte das große Trauergeleit auf. An der Spitze des Zuges marschierten zuerst eine Kompagnie des Roten Soldatenbundes, Matrosen und dann die vielen Kranzträger. Zahlreich sind die Kolonnen der Arbeiterschaft, oft riesengroß die Kränze, so daß sie auf Gestellen von vier Mann getragen werden müssen. Die Schleifen waren fast sämtlich rot, doch auch vereinzelt weiße und schwarz-rot-goldene waren zu bemerken. Von zehn Stellen aus werden die Trauerreden gehalten. Fünf Lastkraftwagen, mit schwarzem Tuch verbrämt und mit Girlanden geschmückt, sind in der Siegesallee aufgefahren. Vor Liebknechts Rednertribüne, nahe dem Kemperplatz, sind die 16 Särge aufgebahrt. Sehr einfach sind die schwarzen Särge und ohne jeden Blumenschmuck.

Der Aufmarsch aus den Fabriken ist überaus zahlreich. Ein Teil der Berliner Arbeiterschaft hat die Arbeit für den heutigen Tag ausgesetzt, um ihre Sympathien für die Opfer des 6. Dezember kundzugeben. Namentlich sind die Arbeiter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken sehr zahlreich erschienen.

Man sah in der Menge vielerlei Schilder: „Soldaten schießt nie wieder auf Eure Arbeiterbrüder!" „Vier Jahre haben sie gelitten, sie standen wie ein starker Fels, dann haben sie den Tod erlitten durch den bekannten Bluthund Wels" usw. Für die Verkehrsabsperrung sorgte der Sicherheitsdienst Groß-Berlins und des Polizeipräsidiums, während die Ordnung im Zuge von mit roten Schleifen versehenen Ordnern aufrecht erhalten wurde. Gegen 3/41 Uhr setzte sich der Zug durch die Bellevuestraße in Bewegung.

Der frühere Staatsminister Dr. v. Delbrück ist zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Jena der deutsch-nationalen Volkspartei gewählt worden.

Die Streikbewegung im Ruhrrevier. Aus Essen wird gemeldet: Auf den Jakobi-Schächten der Guten Hoffnungshütte in Oberhausen und auf Zeche „Gottes Segen" bei Dortmund sind nach Mitteilung des Bergbauvereins die Belegschaften der heutigen Frühschicht wieder vollzählich angefahren. Die Zahl der Ausständigen ist infolgedessen um etwa dreitausend zurückgegangen.

„Die neue Reichsverfassung." Ein Vorschlag zur Gestaltung der neuen Reichsverfassung von dem Berliner Rechtsanwalt Hermann Beck ist im Verlage von Carl Heymanns erschienen. Die Broschüre erörtert den ganzen Umkreis der Verfassungsfragen im Vergleich mit den anderen Republiken in leichtverständlicher Weise und gibt den Entwurf einer Reichsverfassung unter Vermeidung von Fremdwörtern und mit Beschränkung auf das durchaus Notwendige. Der Verfasser denkt sich eine Republik mit gewähltem Reichstag und einem Reichsrat, dessen Mitglieder teils vom Reichstag, teils von den Bundesstaaten delegiert werden. Das Staatsoberhaupt soll gewählt werden durch Zweidrittelmehrheit der Parlamente oder, falls diese Mehrheit nicht zu erzielen ist, durch Volksabstimmung.

Lehrer Otto im Kultusministerium. Der Vorsitzende des Lehrerverbandes der Provinz Brandenburg, Lehrer und Abgeordneter Otto-Charlottenburg, ist zum 1. Januar ins Kultusministerium zur Bearbeitung der Besoldungsfragen berufen worden.

Handelsteil.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Münch, Berlin.

Berliner Börse.

Nach schwacher Eröffnung freundlicher.

Der im gestrigen Rätekongreß gefaßte Beschluß hinsichtlich der Sozialisierung des Bergbaus, ferner die übrigen dort geäußerten Vergesellschaftungsabsichten und das Wiederaufleben der Arbeiterbewegung in den westlichen Industriegebieten veranlaßten an der heutigen Börse allgemeine Verstimmung. Die Haltung war daher, zumal dem — allerdings nicht bedeutenden — Angebot nur geringe Nachfrage gegenüberstand, matter bei teilweise nicht unbeträchtlichen Kursrückgängen.

Am Montanaktienmarkt betrugen die Kursabschwächungen durchschnittlich 1 bis 2 pCt. Umfangreicher waren sie bei Bismarckhütte (— 6 pCt.), Bochumer (— 5 pCt.), Phönix (— 4½ pCt.), Gelsenkirchen (— 3 pCt.) und Oberbedarf (— 3½ pCt.). Unter den Rüstungspapieren wurden Daimler, Rhein. Metall, Orenstein & Koppel und Deutsche Waffen einige Prozent niedriger. Höher stellten sich Hirsch Kupfer. Bei sehr geringem Geschäft waren am Schiffahrtsaktienmarkt nach dem gestrigen Rückgang Hansa etwas erholt, Hamburger Packetfahrt und Nordd. Lloyd etwa 1 bis 1½ pCt. niedriger angeboten. Einen empfindlichen Kursrückgang erlitten am Elektroaktienmarkt A. E. G., die fast 7 pCt. niedriger wurden. Unter den chemischen Papieren waren Höchster Farbwerke weiter scharf rückgängig (— 11½ pCt.), Badische Anilin und Elberfelder Farben 2 bis 3 pCt. niedriger. Am Kali- und am Petroleumaktienmarkt herrschte ebenfalls schwächere Haltung, indes waren die Kurse nur wenig niedriger. Von sonstigen Papieren sind Schantung, Prince Henri und Kanada als gut behauptet zu erwähnen.

In der zweiten Börsenstunde wurde die Haltung allgemein etwas freundlicher, vorwiegend am Montanaktienmarkt, wo die führenden Werte Kursbesserungen erzielten.

Der Kassa-Industriemarkt zeigte vorwiegend eine schwache Haltung. Gegen die letzten Wochen bzw. Monate zurückliegenden Notierungen stellten sich niedriger Rauchwaren Walter um 240 pCt., Küppersbusch um 96, Berliner Dampfmühlen um 24 pCt. Ferner waren zu niedrigeren Kursen angeboten Vereinigte Thüringer Metall, Gerresheimer Glas, Müller Speisefett, Porzellanfabrik Wessel. Dagegen wurden eine Anzahl anderer Porzellanfabriken höher; u. a. Rosenthal (plus 7), Königsfeld (plus 10) und Kahla. Ferner hoben sich Zeitzer Maschinen, Hupfeld, Chemische Fabrik Milch (plus 6), Eckart Maschinen und Cartonnagenindustrie.

Am Rentenmarkt waren heimische, österreichisch-ungarische und russische Werte kaum verändert. Pfundanleihen waren weiter aufgebessert, besonders Chinesen und Mexikaner; 3½er Buenos Provinzanleihe hoben sich 2 pCt.

Tagesgeld etwa 4½ pCt., Privatdiskont 4⅝ pCt. und darunter.

Amtliche Devisenkurse (alles telegraphische Auszahlung):

	21. Dezbr. Geld	21. Dezbr. Brief	20. Dezbr. Geld	20. Dezbr. Brief
Holland	355	355½	356	356½
Dänemark	222½	223	222½	223
Schweden	244½	244½	245½	245½
Norwegen	234½	235½	235½	236½
Helsingfors	81½	81½	81½	81½

	21. Dezbr. Geld	21. Dezbr. Brief	20. Dezbr. Geld	20. Dezbr. Brief
Schweiz	175½	176	176½	176½
Wien, Pest	53,95	54 05	53 95	54,05
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinop.	—	—	—	—
Madrid / Barcelona	186	187	186	187

Kurse im freien Verkehr.

	Anfangskurse 21. 12.	Schlußkurse 20. 12.		Anfangskurse 21. 12.	Schlußkurse 20. 12.
A.-G. f. Anilinfabr.	231.00	236,00	Obsch. E.-I. Car.-Heg.	124.25	127,00
Allg. Elektr.-Gesellsch.	173,00	179,75	Orenstein & Koppel	141,25	143,00
Bad. Anilin Soda	275,50	278,50	Phönix Bergbau	199.50	203.75
Bergmann-Elektrizit.	144.50	144,00	Rhein. Metallwaren	164,50	167.50
Bismarckhütte	193.25	199,50	Rhein Stahlwerke	—	142,50
Bochumer Gußstahl	194.00	199.00	Rombacher Hütten	145,75	146,50
Gebr. Böhler & Co.	176,00	178,25	Schuckert & Co.	138,50	130⅞
Daimler Motoren	173,75	177,00	Siemens & Halske	174,00	175,50
Dtsch.-Luxembg. Bgw.	—	119,00	Türkische Tabak	—	207,00
Deutsche Kaliwerke	—	138,00	Ver. Cöln-Rottweiler	—	146.00
Dtsch. Waffen u. Mun.	—	102,50	Gr. Berliner Straßenb.	—	122,25
Elberfelder Farbenf.	273,75	275,00	Schantungbahn	90,75	91,00
Felten & Guilleaume	—	—	Oest.-Ung. Staatsbhn.	—	—
Gelsenkirch. Bergw.	151,50	154.50	Lombarden	—	—
Harpener Bergbau	170,50	172,25	Anatolier	—	—
Hirsch Kupfer (alte)	159,00	155,00	Prince Henri	152,00	152,00
Höchster Farbwerke	255,50	237,00	Orientbahnen	—	—
Hohenlohe-Werke	112,00	113,25	Dtsch.-Austral. Dampf.	—	120,00
Kattowitz. Bergbau	—	141,50	Hambg.-Amer. Paketf.	82,25	83,50
Laurahütte	136.00	136,25	Hamb.-Südam. Dpfsch.	—	127.50
Lothringer Hütten	132,00	132⅞	Hansa Dampfschiff.	—	165,00
Mannesmannröhren	—	179,00	Norddeutscher Lloyd	82,50	83,50
Oberschl. Eisenb.-Bed.	138,50	142,00	Oesterr. Credit	—	—

Um 1.20 Uhr waren Packetfahrt 82½, Nordd. Lloyd 82½, Hansa 167, Phönix etwa 200, Bochumer 194½, Caro 124½, Laurahütte 185, Bismarckhütte 196, Höchster Farbwerke 227.

Der Präsident der Bremer Handelskammer über die Zukunft unserer Wirtschaft. In der heutigen Sitzung der Kaufmannschaft hielt der Präsident der Handelskammer eine längere Rede, in der er u. a. sagte: „Mit der politischen Neugestaltung des Deutschen Reiches wird auch unsere wirtschaftliche Verfassung eine durchgreifende Umwandlung erfahren. Daß eine Verstaatlichung des Wirtschaftslebens nicht in allen seinen Zweigen durchführbar ist, weiß jeder verantwortliche Führer der Sozialdemokratie. Warnend steht das russische Beispiel vor unseren Augen. Inwieweit aber eine Gemeinwirtschaft für bestimmte Teile unseres Wirtschaftslebens möglich und zweckmäßig ist, bedarf gründlicher Untersuchung. Jedenfalls kann der Ein- und Ausfuhrhandel und die Seeschiffahrt neben der Transportversicherung nur in ständiger Fühlung mit den überseeischen Erzeugern, Verbrauchern und Kaufleuten gedeihen. Für sie bleibt die Wechselwirtschaft von Angebot und Nachfrage ausschlaggebend. Soll der freie Handel mit dem Auslande wieder aufblühen, so müssen auch die Freihäfen unangetastet bleiben. Sie sind vorbildlich gewesen für die Vereinigten Staaten von Nordamerika, für Frankreich, Skandinavien und selbst für England. Eine erfolgreiche Betätigung des Außenhandels ist nur unter zwei Voraussetzungen möglich: erstens muß eine Preisgestaltung unserer industriellen Erzeugung so ausfallen, daß wir den Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt aushalten können, und zweitens muß die Gewährung von Krediten durch unsere ausländischen Verkäufer im Zusammenhang mit der Wiederherstellung einer normalen Valuta ermöglicht werden.

Die Steigerung der Kohlenpreise, über die die Zechenbesitzer-Versammlung heute zu beschließen haben wird, wird, wie uns einer unserer rheinländischen Mitarbeiter aus zuverlässiger Quelle meldet, 12 M. für Kohlen und 16 M. für Koks betragen. Die Einverständniserklärung des Handelsministers mit dieser Preiserhöhung ist heute eingegangen.

Weitere Preiserhöhungen in der Eisenindustrie. In Düsseldorf wird heute, wie uns aus dem Rheinlande drahtlich gemeldet wird, über eine Neufestsetzung der Blechpreise beraten werden. Entsprechend der Preisfestsetzungen für Halbzeug steht eine Preiserhöhung von 100 M. für Bleche bevor. Für Nickel- und Feinbleche wird der Aufschlag voraussichtlich noch höher sein. In industriellen Kreisen erwartet man, daß auch die Preisstaffelung unter den einzelnen Dimensionen, welche bisher sehr unzweckmäßig war, eine Neugestaltung erfahren wird. Weiter erfahren wir, daß der Walzdrahtverband eine Erhöhung der Verkaufspreise um 100 M. auf 550 M. für die Tonne ab 1. Januar beschlossen hat.

Bismarckhütte. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, ist die Nachricht von der Betriebseinstellung der Bismarckhütte unzutreffend.

Bankfeiertag am 24. Dezember. Die der Stempelvereinigung angehörenden Berliner Banken und Bankhäuser haben heute beschlossen, wie in den Vorjahren ihre Büros und Kassen am Tage vor Weihnachten geschlossen zu halten.

Reichsbank. Am Dienstag, dem 24. d. M. nachmittags bleiben die Büros und Kassen der Reichshauptbank geschlossen.

Die Hofbierbrauerei Schöfferhof und Frankfurter Bürgerbräu A.-G. verzeichnet für 1917/18 nach 386 000 M. (i. V. 414 510) Abschreibungen einen Reingewinn von 476 008 M. (477 946). Davon werden 575 000 M. (wie i. V.) dem Vorsichtskonto überwiesen, auf die 3 Mill. M. Stammaktien 4 pCt. (wie i. V.) vorgeschlagen, während die 1 Mill. M. Vorzugsaktien, die ihnen zustehenden 6 pCt. (wie i. V.) erhält, wobei 100 916 M. (100 289) für neue Rechnung bleiben.

Druck und Verlag: Ullstein & Co., Berlin.